

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 50 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Unser Vaterland, jedes Vaterland ist da, wo seine Zukunft ist. Die Zukunft aber kommt: durch uns kommt sie, aus uns kommt sie, und sie tut dies, weil sie in dem Weltplane Gottes vorgesehen ist. Unser Genie ist die Geduld und die Kraft zu leben. Wir klagen nicht. Paul de Lagarde.

Um Leben und Freiheit!

Um die schöne vaterländische Begeisterung der gegenwärtigen Lage darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland einen Kampf auf Leben und Tod führt. Eigentlich hat es ihn schon all die Jahre her geführt. Er ist nur jetzt in sein entscheidendes Stadium getreten. Ob unser Volk auf unabsehbare Zeit in fremder Fronknechtschaft schmachten oder ob es wieder ein Leben in Freiheit führen soll, darum geht der Kampf.

Könnte die nun eingetretene Lage nochmals vermieden werden? Nein! Wir sind in der Erfüllung des Versailles Vertrages in das Stadium gekommen, wo die Dinge anfangen, sich zwangsläufig zu entwickeln. Beinahe die ganze nichtfranzösische Welt ist heute überzeugt, daß der „Friedensvertrag“, so wie er ist, auch beim besten Willen Deutschlands nicht erfüllt werden kann. Das ist unzweifelhaft ein Erfolg der deutschen Erfüllungspolitik, und nur zu diesem Zwecke wurde sie ja unternommen. Aber es gab wohl niemand in Deutschland, der nicht der Überzeugung gewesen wäre, daß wir auch bei vollständiger Erfüllung mit Frankreich selbst schließlich doch niemals zu Rande kommen würden. Denn Frankreich will ja gar nicht die Erfüllung des Vertrages, sondern die Zerstückelung Deutschlands. Oder richtiger: Es will beides. Getreu der kapitalistischen Grundeinstellung seiner Politik, möchte es Deutschland wirtschaftlich auspressen wie eine Zitrone und es zugleich politisch dauernd in Ohnmacht halten, indem es Hand auf seine wichtigsten Wirtschaftsgelände legt. Im „Berliner Tageblatt“ hat der bekannte Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Schilling neulich ausgeführt, daß dies das unablässige und leider häufig erfolgreiche Bemühen der französischen Politik seit mindestens 600 Jahren gewesen ist. So stehen heute Frankreichs Soldaten an der Ruhr, auf dem Boden, der Deutschlands bedeutendste Kohlenstätte birgt. Es ist ein Anschlag auf unser Leben, dessen Gelingen die Arbeitererschaft am härtesten treffen müßte. Da hörte die Politik des Nachgebens und Ausweichens ganz von selber auf. Nun gibt's nur noch eins: Wir müssen durch!

Aber wir täuschen uns nicht über die Schwere des Kampfes. Wenn auch die Franzosen gegen den Willen der Bergarbeiter und Eisenbahner keine Kohlen erhalten oder höchstens nur Bruchteile der Mengen, die sie vorher auf Grund freiwilliger deutscher Leistungen erhielten, so haben sie doch die Macht, das unbefestete Deutschland vom Bezuge der Ruhrkohle abzuschneiden. Betriebs- und Verkehrsstörungen und Stilllegungen und damit Arbeitslosigkeit werden dann nicht zu vermeiden sein. Im „Berliner Tageblatt“ hat Dr. Wolff neulich vorgeschlagen, der zur erwartenden großen Arbeitslosigkeit durch eine stärkere Inanspruchnahme der Bau-tätigkeit zu begegnen. Dieser Weg ist durchaus richtig, und auch die Regierung dürfte von der Notwendigkeit, ihn zu beschreiten, überzeugt sein. Wir Bauarbeiter tun trotzdem gut daran, uns bezüglich der Arbeitslosigkeit in diesem Jahre keinen überschwenglichen Hoffnungen hinzugeben. Sorgenvoll sehen wir auch der kommenden Preisentwicklung entgegen. Der Dollar steht zwischen 40- und 50.000, die Preise werden folgen. Noch geringer als bisher aber erscheint die Möglichkeit, die Preissteigerungen durch Lohnerhöhungen ausreichend abzugelten. Ueberflüssig zu sagen, daß die Gewerkschaften alles tun werden, um den breiten Massen die Lebensmöglichkeit zu erhalten. Von der Regierung ist zu fordern, daß sie mit den schärfsten Mitteln vorgeht, um die Verbraucher vor Preis-

übertreibungen zu schützen. Aber wir sehen voraus, daß auch dann noch Not und Entbehrungen und damit Grund zur Unzufriedenheit genug übrig bleiben werden. Da wollen wir peinlichst darüber wachen, daß nicht das alte deutsche Erbübel wieder Macht über uns gewinnt, daß wir nämlich über dem innerdeutschen Haß wieder einmal das Wesentliche, hier Deutschlands Kampf um seine Selbstbehauptung, aus dem Auge verlieren. Ueber den Mergel und die Not des Alltags hinweg die Einigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes aufrecht zu erhalten zu dem gemeinsamen großen Ziel: Befreiung vom Sklavenjoch, darauf kommt es jetzt an. Wehe Deutschland, wenn es in seiner Widerstandskraft vorzeitig erlahmt!

Dessen ist sich insbesondere die Arbeitererschaft bewußt. Wenn sie in dem uns aufgezwungenen Abwehrkampf im vordersten Treffen steht und die deutschen Hoffnungen auf ein Scheitern des französischen Planes sich in erster Linie auf sie gründen, dann sicher nicht nur wegen der starken äußeren Stellung, die die Arbeitererschaft in unserem Wirtschaft- und Staatsleben einnimmt. Starke innere Impulse kommen hinzu. Die Arbeitererschaft hat, einer früheren unwahren Agitation zum Trost, doch ein Vaterland, und Blut ist dicker als Wasser. Die deutsche Arbeitererschaft hat auch mehr zu verlieren als nur ihre Ketten. Der letzte deutsche Arbeiter begreift heute gut, daß das Gelingen des französischen Anschlages auf das Ruhrgebiet mindestens für die dortigen Arbeitsbrüder schwärzeste soziale Reaktion bedeuten würde. Frankreich ist in vieler Hinsicht das sozial am weitesten zurückgebliebene der europäischen Kulturländer. Es kennt kaum Tarifverträge, hat keine Betriebsräte, besitzt eine sehr unvollkommene Sozialversicherung und der Achtstundentag, so weit er überhaupt durchgeführt ist, ist in Frankreich am meisten bedroht. Kein deutscher Arbeiter glaubt, daß die französischen Kapitalisten auf die Dauer den deutschen Arbeitern größere Rechte belassen würden, als sie die Arbeitererschaft ihres eigenen Landes besitzt. Deshalb und weil die Arbeitererschaft ihr Schicksal mit dem Schicksal Deutschlands untrennbar verbunden weiß, führt sie den Abwehrkampf an der Ruhr im vordersten Treffen.

Unter diesen Umständen gewinnen auch die Gewerkschaften eine andere, größere Bedeutung. Sie sind heute ein nationales Interesse geworden. Denn nicht eine unorganisierte Arbeitererschaft könnte den Abwehrkampf führen. Dazu bedarf es vielmehr der straffen Zusammenfassung aller Kräfte in einheitlichem Rahmen und unter einheitlicher, zielbewusster Führung. Den Mitgliedern der Gewerkschaften im neubesetzten Gebiet legt das besonders ernste Pflichten auf. Es muß leider damit gerechnet werden, daß die harte Militärfaust — inzwischen ist der verschärfte Belagerungszustand erklärt — das ganze Organisationsleben mannigfach erschweren und behindern wird. Um so zäher muß der Zusammenhaltswille gewahrt, der gewerkschaftliche Geist hochgehalten werden. „Getreu bis zum letzten“, das muß jetzt die Parole eines jeden Gewerkschaftlers im neubesetzten Gebiet sein, damit eine Loderung des Organisationsgefüges unter allen Umständen vermieden wird.

Was die Moral der Ruhrkämpfer angeht, so bedarf sie keiner Stärkung. Die ganze Welt hat bewundernden Anteil genommen an der mutigen Entschiedenheit und der ganzen würdigen Art, mit der unsere Arbeitsbrüder, voran der Kollege Imbusch, den fremden Eindringlingen entgegengetreten. Das dankt ihnen das ganze deutsche Volk. Aber lassen wir unseren Dank nicht nur in Worten ausklingen. Höchste persönliche und materielle Opfer werden von unseren Kollegen verlangt. Wir müssen ihnen den im Dienste des Vaterlandes entstandenen Schaden ersetzen, soweit das irgend in unseren Kräften steht, und weiter für eine ausreichende Versorgung des Ruhrgebietes mit Lebensmitteln sorgen. In der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ haben wir den Aufruf der großen Arbeitgeber- und Arbeit-

nehmerverbände wiedergegeben; in dem zu einem gemeinsamen Opfer für die Ruhrkämpfer aufgefordert wird. Die Arbeitnehmer sollen einen Stundenlohn opfern, von den Arbeitgebern wird erwartet, daß sie das vierfache des von ihren Arbeitern und Angestellten aufgebracht Betrages abführen. Kollegen, bringt trotz eurer eigenen Not gern das verlangte Opfer! Denkt, daß ihr damit den Widerstandswillen und die Widerstandskraft unserer Brüder an der Ruhr stärkt und dadurch spätere größere Opfer von euch abwendet.

Eine besonders gewissenhafte Pflichterfüllung dem Verbands gegenüber ist jetzt allgemein vonnöten. Zeiten, wie die gegenwärtigen und wie sie uns noch schwerer bevorstehen, bewirken leicht eine Unterbindung des Zutromms zu den Gewerkschaften und fördern den Abfall der gewerkschaftlich nicht durchgebildeten und lauen Mitglieder. Dem muß mit aller Kraft entgegengearbeitet werden. Was die Gunst der Verhältnisse uns verjagt, muß durch doppelt eifrige Arbeit im und für den Verband wettgemacht werden. Wir müssen die Gewerkschaften, als den stärksten und beinahe einzigen wirtschaftlichen Schutz der Arbeiter, ungeschwächt auch über die nun einsetzende außergewöhnliche Notzeit des deutschen Volkes hinüberretten. Dann muß allerdings auch der Gewerkschaftsverdrossenheit, die sich hier und da zeigt, im sozialistischen Lager stärker als auf unserer Seite, energischer Kampf angefaßt werden. Weil die Feuerung im Verhältnis zu den Löhnen sich ständig stärker nach oben entwickelte, eine Tatsache, die ihre letzte und tiefste Ursache in der allgemeinen Verarmung Deutschlands infolge des verlorenen Krieges findet, glauben manche Kollegen an der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Gewerkschaften zweifeln zu sollen. Wir brauchen hier kaum zu beweisen, wie unendlich kurzfristig das gedacht ist. Wie würde die Lage der Arbeitererschaft heute sein, wenn die Gewerkschaften nicht da wären? Nur diese Frage kann gestellt werden. Unmögliches können freilich auch die Gewerkschaften nicht möglich machen. Aber deshalb führen wir ja schließlich den Kampf an der Ruhr, damit das deutsche Volk und die deutsche Arbeitererschaft wieder ausreichende Lebensbedingungen erhalten.

Um sein Leben kämpft Deutschland, um ein Leben in Freiheit. Es entspricht den besten Traditionen der christlich-nationalen Arbeitererschaft, daß sie überall im Vordergrund des Kampfes steht. Aber auch die übrige Arbeitererschaft tut, wenn man von den kommunistischen Wirrköpfen abieht, ihre vaterländische Pflicht. So soll es auch weiterhin sein. Nochmals wollen wir die schon im Weltkrieg erprobte Wahrheit erweisen, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester ist.

Unbegründete Besorgnis

Wie ich erfahre, bleiben zur Zeit unsere Kollegen des Saarländischen, sowie des Hessischen und Rheinischen Gebietes noch in größerer Zahl in ihrer Heimat, da sie befürchten, infolge der Besetzung des Ruhrgebietes dort keine Arbeit zu finden oder doch zum mindesten Schwierigkeiten zu bekommen. Diese Befürchtung ist natürlich völlig grundlos, weil wir Bauarbeiter wenig oder gar nicht mit den Besatzungsbehörden in Berührung kommen. Ein anderer Teil dieser Kollegen ist in den ersten Tagen der Besetzung eilig nach Hause gefahren, da sie die gleichen Befürchtungen hegten. Ganz abgesehen davon, daß dadurch, daß sie in der Heimat verbleiben und infolgedessen einen großen Vorrat an Lebensmitteln haben, was bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen von großer Bedeutung für die Familie ist, kann dadurch leicht die Gefahr heraufbeschworen werden, daß ihre früheren Arbeitsstellen besetzt werden und bei späterer Rückkehr sie alsdann ratlos dastehen. Vielmehr wird auch angenommen, daß jeglicher Eisenbahnerverkehr unterbrochen sei und dadurch die Rückfahrt sich verzögere. Gewiß sind eine Anzahl Strecken durch die Besatzungsbehörde lahmgelegt, so die Linie Gamm-Riedinghausen-Oberhausen. Ebenso ist die direkte Verbindung nach Düsseldorf und Duisburg gestört und sind diese Orte nur durch Umleitung der Züge zu

erreichen, da Düsseldorf, Duisburg, Osterfeld und Oberhausen ebenso wie alle Bahnhöfe der Strecke Recklinghausen-Oberhausen militärisch besetzt sind. Inmitten kann man sämtliche Orte unseres Industriegebietes erreichen, wenn hier und da auch einige Umfahrten gemacht werden müssen. Dortmund, Bochum, Essen und alle übrigen Städte des Industriegebietes sind zu erreichen. Selbstverständlich müssen die Kollegen irgend einen Ausweis mit sich führen. Es ist absolut nicht notwendig, daß es immer ein Paß sein muß. Bieleorts genügt ein einfacher Ausweis, sei es Drostkarte, Steuerkarte u. dergl. Seit einigen Tagen ist der verschärfte Belagerungsstand über das Industriegebiet verhängt. Deswegen wird aber die Bautätigkeit im Industriegebiet nicht geringer sein, als bisher. Augenblicklich ist noch Arbeitsgelegenheit genügend vorhanden.

Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn die Kollegen der oben erwähnten Gegenden ruhig ihr Bündel säuerten und die Reife nach hier anziehen würden, nachdem sie sich durch Anträge auf ihren alten Arbeitsstellen oder auf irgendeinem Verbandsbüro nach Arbeitsgelegenheit erkundigt haben. Ich beschränke nämlich, daß zum Frühjahr die Bautätigkeit bedeutend schlechter wird, und können die Kollegen bis dahin für sich und ihre Familien noch etwas verdienen. Deshalb also keine unnötige Besorgnis hegen und nach dem Industriegebiet wieder zurückkehren. Bieleorts fehlen uns die tüchtigen Mitarbeiter. Also auf baldiges Wiedersehen!

Einig

Staatshilfe gegen den Holzwucher!

I.

1. Die gegenwärtige Lage auf dem Holzmarkt und die Wirkung auf die Verbraucher.

a) Die Entwicklung der Holzpreise in den letzten Monaten.

Bis zur Mitte des vergangenen Jahres standen die Holzpreise im Maße im wesentlichen auf dem Niveau der Goldmark-Friedenspreise, d. h. die Papiermarkpreise stiegen entsprechend der Entwertung der Mark und hielten sich somit auch etwa auf der Höhe der Weltmarktpreise. Im vergangenen Sommer änderte sich jedoch plötzlich dieses Bild, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist.

Monat	Eichen-Rundholz 1. Klasse		Die Entwertung der Mark	
	Preis	des mietel-lachs der Vorkriegszeit	Dollarpreis	Entwertung gegenüber der Goldmark
Juni 1914	20,-	1 X	4,20	1 X
April 1923	1500,-	75 X	300,-	75 X
August 1923	6000,-	300 X	1040,-	250 X
September 1923	12000,-	600 X	1460,-	350 X
Oktober 1923	25000,-	1250 X	2728,-	675 X
November 1923	50000,-	2500 X	7548,-	1875 X
Dezember 1923	120000,-	6000 X	7425,-	1850 X

In den letzten Wochen hat diese Entwicklung eine weitere, beträchtliche Verschärfung erfahren. Eine Anzahl großer Holzversteigerungstermine haben zu Ergebnissen geführt, die einer durchschnittlichen Verteuerung des Holzes auf das 10-1200fache entsprechen. So wurden auf der großen holländischen Holzversteigerung am 3. und 4. Januar in Rotterdam zirka 59000 m³ Buchenholz zum Gesamtpreise von etwa 8 1/2 Milliarden Mark von 83 Firmen erstanden. Nach dem „Holzmarkt“, dem Organ der Holzhändler-Verbände kann der Friedensdurchschnittspreis dieses Holzes pro Festmeter mit 12,- angenommen werden. Der in Rotterdam erzielte durchschnittliche Verkaufspreis beträgt aber 127000,- je Festmeter, was einer Verteuerung um mehr als das 1000fache entspricht.

In ähnlichem Ausmaße hat sich die Verteuerung der übrigen Holzarten vollzogen. So beträgt die Verteuerung des Papierholzes etwa das 5000fache, die des Grubenholzes etwa das 12000fache des Friedenspreises. In den allerletzten Tagen scheint allerdings eine gewisse Beruhigung auf dem Holzmarkt eingetreten zu sein. Der neue starke Marktfurz hat bisher wenigstens noch keine weiteren Preissteigerungen mit sich gebracht.

b) Die Auswirkungen dieser Preisentwicklung auf die Verbraucher.

Holz wird in großem Umfange in unserem Vaterlande vor allem zu folgenden 6 Zwecken benötigt: 1. für die Papierindustrie, die in Friedenszeiten einen Verbrauch von zirka 6 Millionen Festmetern hatte, 2. für den Grubenholzbedarf (1913 zirka 7 Millionen Festmeter), 3. für die Holzveredelungsindustrie, Tischlerien und Schreinerien (1913 zirka 5 1/2 Millionen Festmeter), 4. für den Bedarf der Eisenbahn und Post an Schwellen und Rippen (1913 zirka 1,5 Millionen Festmeter), 5. für das Baugewerbe (nach den Berechnungen des Universitäts-Prof. Dr. K. Weber, Gießen, mit einem ungefähren Bedarf von 23 Millionen Festmeter vor dem Kriege) und schließlich 6. für den Brennholzbedarf, welcher vor dem Kriege zirka 27 Millionen Festmeter Verb., Kessel- und Strohholz verbrauchte. Die Auswirkungen der hohen Holzpreise treffen rasch in fast gleicher Weise alle angeführten 6 Verbrauchergruppen. Alle Verbraucher mit Ausnahme der unter 6. sind jedoch nicht Selbstverbraucher, sondern nur Verbraucher; sie sind also in der Lage, die gestiegenen Preise auf die Konsumenten weiter abzuwälzen.

Die größten Abnehmer der Papierindustrie sind die Zeitungen und das Buchdruckgewerbe, beide werden durch die hohen Papierpreise mit dem Tode bedroht. Sowohl die großen Tageszeitungen, wie die zahlreichen wissenschaftlichen, literarischen, religiösen Zeitschriften, fernere Fachzeitschriften aller Art werden dadurch

genötigt, ihren Bezugspreis so in die Höhe zu schrauben, daß die Mehrzahl der Bezahler einfach nicht mehr zahlen kann. Das hat denn in den letzten Monaten insbesondere zu einem großen Zeitungssterben geführt, das nicht bloß manche, wenn auch kleine, so doch wertvolle Zeitschrift und manches Fachblatt vertilgt hat, sondern das jetzt sogar die größten und gefestigsten Tageszeitungen bedroht.

So ist heute schon den breiten Massen des Volkes die wichtige kulturelle Erbschaft der Zeitung fast vollständig entzogen worden.

Aus den gleichen Gründen sind die Buchpreise zu geradezu unerträglicher Höhe emporgeschleudert. Die Beschaffung der Schulbücher ist damit den Eltern kinderreicher Familien geradezu zur Unmöglichkeit geworden, breite Kreise der Gebildeten können kein für ihre Weiterbildung erforderliches Buch mehr beschaffen.

Die hohen Preise für das Grubenholz üben indirekt ebenfalls tiefgreifende Wirkungen aus. Ob 7 Millionen Festmeter Grubenholz zum Friedensgoldpreise oder aber zu dem gegenwärtigen 3-4fachen Satz von den Beten erstanden werden müssen, macht im Jahr einen Unterschied von zirka 1/4 Goldmilliarde aus, das sind bei dem gegenwärtigen Dollarkurs von 20000 etwa 1 1/2 Billion Papiermark, die von den Kohlenverbrauchern, also von der Gesamtheit unseres Volkes natürlich ausgebracht werden müssen.

Die Auswirkungen auf die Holzveredelungsindustrie spürt jeder, der in die unglückliche Lage veretzt ist, sich ein Möbelstück anschaffen zu müssen. Es kann ohne Uebertreibung behauptet werden, daß die Anschaffung auch nur der kleinsten und einfachsten Wohnungseinrichtung der großen Mehrzahl unseres Volkes einfach unmöglich geworden ist.

Ganz besonders aber hat das Baugewerbe die Last dieser unnatürlichen Holzpreise zu tragen. Die Finanzierung der Wohnungsbautätigkeit zur Bekämpfung der riesigen Wohnungsnot erfolgt zum größten Teile aus den Mitteln der Allgemeinheit. Auf diese wird somit wieder die Preissteigerung des Bauholzes abgewälzt. Und das ist nicht gerade wenig. Zur Errichtung einer Wohnung benötigt man insgesamt zirka 15-20 cbm Rundholz, die heute nicht unter 3 bis 3 Millionen,- zu haben sind. Das bedeutet, daß zirka 25 Prozent der Gesamtbaukosten einer Wohnung allein an die Forstbesitzer für die Übergabe des benötigten Rohstoffes Holz zu zahlen sind! Das bei einer berarstigen Lage an eine nachdrückliche Bekämpfung der Wohnungsnot nicht zu denken ist, liegt auf der Hand.

Die Steigerung der Brennholzpreise schließlich hat dazu geführt, daß der Konsum sich weitgehende Einschränkungen auferlegt. In den großen Städten momentan wird nur noch sehr wenig Brennholz verbraucht, die Beheizung der einzelnen Räume wird eben auf das äußerste eingeschränkt.

So werden durch die riesige Teuerung des Holzes alle Schichten unseres Volkes mehr oder minder in Mitleidenschaft gezogen. Eine ganz besondere weitere Gefahr aber ergibt sich für die Hunderttausende von Arbeitnehmern, die in den Holzverarbeitenden Industrien und Gewerben beschäftigt sind. Die Untertonunjähigkeit der breiten Massen gegenüber diesen zu hohen Preisen läßt nämlich eine Abfahrtsreise dieser Industrien und Gewerbe und damit eine gefährlichste Arbeitslosigkeit für viele Arbeitnehmer befürchten.

Im Druckereigewerbe sieht man der Zukunft mit großem Bangen entgegen. So mancher Buchdrucker, Setzer und Buchbinder ist von der Gefahr baldiger Arbeitslosigkeit bedroht, und zahllos ist heute schon das Personal, das durch das Eingehen so vieler Zeitungen sich nach einer anderen Erwerbsmöglichkeit hat umsehen müssen.

In der Holzveredelungsindustrie scheinen die Verhältnisse wegen umfangreicher Lieferungen für das Ausland zurzeit noch etwas günstiger zu liegen. Doch ist mit Ausnahme weniger Qualitätswaren Ausfuhr überhaupt nur noch deshalb möglich, weil die Löhne so weit unter dem Weltmarktniveau liegen. Während der amerikanische Tischler 30 bis 40 Dollar in der Woche verdient, arbeitet der deutsche zurzeit für den 20. Teil, nämlich für 1 1/2 bis 2 Dollar im gleichen Zeitraum! Gewiß sind die Kosten der Lebenshaltung für den deutschen Arbeiter erheblich geringer als für den amerikanischen. Es sei nur daran erinnert, daß in Deutschland auf Grund unserer Wohnungsnot die Mietaufwand nur wenige Prozent des Gesamteinkommens ausmacht, während der amerikanische Arbeiter genötigt ist, für diesen Zweck den unverdienten Teil von einem Drittel bis zur Hälfte seines Arbeitseinkommens aufzuwenden. Doch das nur nebenbei. In der so tief unter dem Weltmarktniveau liegenden Beschäftigung des deutschen Arbeiters liegt jedenfalls die einzige Ursache zu unserer heute noch bestehenden Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, in einem Augenblicke, wo der Rohstoff, das Holz, bereits den 3-4fachen Weltmarktpreis erreicht hat.

Die Lage der Bauarbeiterschaft schließlich sieht für die Zukunft sehr trübe aus. Die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel sind begrenzt. Je höher die Baukosten, desto weniger kann gebaut werden. Jede Summe, die den Forstbesitzern ungerächterweise zufließt, bedroht ja, lose Bauarbeiter mit der Gefahr der Arbeitslosigkeit. Ganz besonders im laufenden Baujahr, wo mit einer starken Einschränkung der privaten, industriellen und öffentlichen Bautätigkeit zu rechnen ist.

So liegt nicht bloß ein hartes Konsumenten-, sondern auch ein ausgeprägtes Arbeitnehmerinteresse vor, alles zu tun, um die Entwicklung der Holzpreise wieder in vernünftige Bahnen zu lenken.

c) Die Gründe für diese Entwicklung der Holzpreise.

Wie ist nun diese unnatürliche Steigerung der Holzpreise zu erklären? Ist es wahr, wie so vielfach behauptet wird, daß sie sich allein aus der angeblichen großen Holzknappheit in unserem Vaterlande erklären läßt? Die

Frage soll sogleich untersucht werden, vorher nur eine Bemerkung: Selbst wenn das zu geringe Angebot die Ursache der heutigen Preisentwicklung des Holzes wäre, hätten die Forstbesitzer nicht das geringste Recht, derartige Wucherpreise zu nehmen. Jedemfalls aber hätte der Staat das Recht und die Pflicht, im Interesse der zahllosen, durch eine solche Preispolitik bedrohten Existenzen auf das nachdrücklichste einzugreifen. — Doch das nur nebenbei, denn wie wir sogleich sehen werden, kann von einer wirklichen Holzknappheit in unserem Vaterlande im Augenblick keine Rede sein.

Zu den letzten Vorkriegsjahren verbrauchte Deutschland jährlich zirka 43 Millionen Kubikmeter Rohholz. Davon entfielen:

auf das Baugewerbe	23	Millionen Kubikmeter
Grubenholzbedarf	7	"
Papierholz	6	"
Holzveredelungsindustrie	5,5	"
Schwellen, Rippen	1,5	"
Ca. 43,0 Millionen Kubikmeter		

Davon wurden 27 Millionen Kubikmeter im eigenen Lande gewonnen, 16 Millionen Kubikmeter eingeführt.

Durch den Gebietsverlust auf Grund des Friedensvertrages ist unser deutscher Forstbestand um etwa 10-Prozent und dementsprechend unsere Rohholzerzeugung auf etwa 25 Millionen Festmeter jährlich verringert worden. Demgegenüber ist aber auch der Holzbedarf ganz erheblich gesunken. So dürfte allein der Holzbedarf für das Baugewerbe sich um mindestens 90 Prozent vermindert haben. Das bedeutet, daß wir gegenüber einer jährlichen Produktionsmenge von zirka 25 Millionen Festmetern nur einen Eigenverbrauch von bestenfalls 23 Millionen Festmetern, also einen jährlichen Holzüberschuß von 2 Millionen Festmetern haben müßten, der jedoch — wie unten gezeigt wird — von der Spekulation einfach verschluckt wird!

Man lasse sich nicht durch die Tatsache verblüffen, daß trotzdem noch gewisse Holzengen über die Grenze kommen. So wurden z. B. in den Monaten Juni, Juli und August 1922 insgesamt 986 100 Tonnen gleich zirka 1,6 Millionen Festmeter Rohholz nach Deutschland eingeführt. Hierbei handelt es sich jedoch in erster Linie um Papierholz, das zu hochwertigen Papieren verarbeitet wird, von denen in den angeführten 3 Monaten allein 190 400 Tonnen wieder ausgeführt wurden, sowie um ausländische Edelholzer, die zu Qualitätsmöbeln — ebenfalls meist zur Ausfuhr bestimmt — verarbeitet wurden.

Auf Grund dieser Angaben sollte man also annehmen, daß es nicht eine übermäßige Nachfrage sein kann, die zu dieser wahnwitzigen Preisgestaltung Veranlassung gibt. Und doch ist dem so. Wenn wir dem „Holzmarkt“ Glauben schenken dürfen, so ist es in erster Linie das gegenseitige Herausstreben der Händler bei den öffentlichen Holzversteigerungen, das die Aufwärtssprende um mehr als das Doppelte überschreiten läßt. Nach den Berichten des genannten Blattes ist es insbesondere der unreelle Handel, der heute auf den Versteigerungen seine Organe feiert. Die Erklärung dafür ist nicht so schwer. Holz ist heute ein Sachwert, der vielen Angehörigen der Marktentwertung als ein willkommener Spekulationsobjekt erscheint. Der masurische „Holzkönig“ Anders hat auf seinen riesigen Lagerplätzen mehr als 100 000 Festmeter Holz — meist aus den ostpreussischen Staatswaldungen stammend — aufgestapelt, eine Menge, die seine Sägewerke kaum in drei Jahren aufzuschneiden in der Lage sind. Und dieser Herr Anders ist gewiß nicht das einzige Exemplar seiner Gattung. So wie ihn gibt es gewiß Hunderte, die Millionen von Festmetern Holz aufgestapelt haben, nur zu dem Zweck, Millionen und Milliarden Spekulationsgewinn einzuhelmten.

d) Wer sind die Forstbesitzer?

So verabscheuenswert ein derartiges Treiben aber auch immer sein mag, hier sehen nicht die Kleinschuldigen. Mindestens die gleiche Verantwortung tragen die Forstbesitzer, die sich diese wilde Preissteigerung schonungslos gefallen lassen und wahllos an jeden verkaufen, der bereit ist, ihnen die höchsten Preise zu zahlen. — Wer sind denn nun eigentlich diese Herren Forstbesitzer, die nur auf ihren eigenen Geldbeutel abgesehen, Hand in Hand mit Schiebern und Spekulantem an der Bewahrung des deutschen Volkes arbeiten?

Auf eine Anfrage der französischen Delegation bei der Brüsseler Finanzkonferenz gab die deutsche Regierung folgende Auskunft über die Besitzverhältnisse des deutschen Waldbestandes:

1. Staatsforsten	43	Mil. Hektar = 33,07%
2. Gemeindewaldungen	2,0	" = 1,57%
3. Anstalts-, Stiftungs-, Genossenschaftswaldungen	0,5	" = 0,39%
4. Arbeitskommisforsten	1,6	" = 1,25%
5. Privatwaldungen	4,4	" = 3,45%
Das sind zusammen		51,7 Mil. = 100,0%

Hieraus ergibt sich die überraschende Tatsache, daß die öffentlichen Verbände, Reich, Länder und Gemeinden fast zur Hälfte, genau zu 48,89 Prozent, die deutschen Forstbesitzer sind, die in einer derartigen Weise ihr Eigentum verwalten!

Eine solche Feststellung muß doch wahrlich ein Gefühl tiefer Beschämung wachrufen. Zweifellos jedenfalls bei jedem, der diesen Dingen objektiv gegenübersteht. Bei den mit der Verwaltung dieses öffentlichen Gutes betrauten Behörden scheint es allerdings anders zu sein. Die öffentlichen Verbände als die Besitzer fast der Hälfte des deutschen Waldbestandes hätten es selbstredend nicht in der Hand gehabt, die Preisentwicklung des Holzes maßgebend zu beeinflussen. Darauf aber hat man eben aus „Reichsfortpartikularismus“ vernachlässigt und so den privaten Forstbesitzern gewaltige Summen in die Taschen gespielt!

der Gesamtfläche

Un und für sich ist ja der Wunsch eines Ministeriums, mit möglichst großen Einnahmen und geringen Ausgaben den Parlamenten aufzuwarten, verständlich, und gerade in heutiger Zeit, wo man derartiges so selten erlebt, mehr als berechtigt. Das aber darf keinesfalls dazu führen, daß wichtige volkswirtschaftliche Interessen schwer geschädigt werden wie das bei dieser Politik tatsächlich der Fall ist: Einerseits gibt die Deffektivität, die Allgemeinheit, der Staat Milliardenbeträge aus, um die verteuerten Baukosten zu verbilligen und die Bauaktivität überhaupt erst zu ermöglichen; andererseits aber fordert die gleiche Deffektivität, deren rechtlicher Vertreter der Fortifikationsamt ist, so riesige Preise für einen notwendigen Baustoff, daß fast der ganze Staatszuschuß dadurch wieder aufgefressen wird. Aber noch mehr, die Besitzer der anderen Hälfte der deutschen Holzproduktion, die Zeltkommissionäre und die privaten Waldbesitzer, erhalten auf diese Weise infolge der staatlichen Preispolitik ungeheure Gewinne in den Schöpf geworfen, die nur auf Kosten der breiten Schichten der zur Miete Wohnenden und Wohnungslosen entstehen, und deren Verwendung im Interesse unserer Volkswirtschaft mindestens sehr zweifelhaft ist. Die riesigen Grundpreise wiederum ermöglichen auch den Händlern und Weiterverarbeitern sehr erhebliche Gewinne, da sie ihre Aufschläge ja allgemein in Prozenten auf die Grundpreise berechnen (Fortsetzung folgt).

Am 10. Februar 1923 ist der sechste Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

Märkten zu schädigen, wird nur zu gut erreicht. Unzählige Betriebe mußten sich zu unwirtschaftlichen Verlangsamungen und Einschränkungen des Produktionsprozesses verstehen. Die Eisen-, Stahl-, Düngemittel-, Zucker- und viele andere Industrien, früher stark exportierend, vermochten nicht mehr das Inland zu versorgen und mußten Fehlmengen aus dem Ausland eingeführt werden. Zugleich wurden durch die nach den Reparationsbedingungen weit unter dem Weltmarktpreis zu liefernde deutsche Kohle die ausländischen Industrien zu niedrigem Angebot auf dem Weltmarkt befähigt. Mehr als die Hälfte der als Reparation uns abgenötigten Tonnenzahl haben wir von Januar bis November allein an englischen Kohlen wieder einführen müssen, dazu weitere Mengen aus dem Saargebiet und Polnisch-Oberschlesien. Für die englische Zuluhr mußten wir bereits bis zu den deutschen Eingangshäfen etwa 87 Milliarden Reichsmark bezahlen, während die Reparationskohle bekanntlich nur zu niedrigem Preise Abrechnung auf unsere Kriegsschuld findet, uns also keinen positiven Gewinn bringt. Diese schwere Belastung der Passivseite unserer Zahlungsbilanz wurde verstärkt durch die im Juni endgültig erfolgte Abspaltung des kohlenreichsten Teiles von Oberschlesien. Die auf diesem neupolnischen Gebiete geförderten Kohlen, soweit wir sie nicht entnehmen konnten, mußten wir zu hohen Preisen, belastet mit der polnischen Kohlensteuer, erwerben. Für unseren Bezirk, dessen Kohlenmarkt von jeher durch Oberschlesien bestimmt war, hat die Verteuerung sowie die schon eingetretene und die weiter zu befürchtende Verknappung der ost-oberschlesischen Lieferungen besonders große Bedeutung. Ueber jede früher für möglich gehaltene Grenze hinaus ging im Berichtsjahre die Verteuerung des unentbehrlichen Brennstoffes. Der Preis für deutsch-oberschlesische Grobkohle ist seit dem 1. Januar 1922 auf das 5fache gestiegen. Bei der unüberwindlichen Triebkraft auf alle übrigen Preise, sind steigende Kohlenpreise die sichtbarsten Träger der verderblichen Verteuerungswelle, die unsere Volkswirtschaft überflutet hat. Die Grenze, bis zu welcher die Lasten scheinbar leicht auf die Abnehmer, auf die Allgemeinheit weiter gewälzt werden können, dürfte jetzt vielfach erreicht, vielfach schon überschritten sein. Es mehren sich die Fälle, in denen die heutigen Kohlen- und Holzpreise von der Industrie und von den Hausverbrauchern einfach nicht mehr gezahlt werden können und aus diesem Grunde das so dringend nötige, mit Hilfe deutscher Arbeit in hochwertige Güter für den heimischen Bedarf und für die Ausfuhr zu verwandelnde Material ungenutzt liegen bleiben muß.

Die ungeheure Preissteigerung in den großen Schlüsselindustrien der deutschen Wirtschaft, der Kohlen- und Eisenerzindustrie, sei an einigen Beispielen erläutert. Der Preis für Feitförderkohle erhöhte sich von 105,10 M je Tonne im Januar 1922 auf 2765 M am 1. Dezember 1922. Der Preis für eine Tonne Gießereiroheisen Nr. 3 stieg von 3350 auf 153618 M! Formeisen verteuerte sich von 4950 M auf 367200 M je Tonne. Im Augenblicke ist die Preisentwicklung ganz ungeheuerlich weiter vorgeschritten. Diese Entwicklung führte bereits in fast allen weiterverarbeitenden Industrien zu einer bedenklichen Verminderung der Konkurrenzkraft und zu einem Rückgange der Auftragsbestände.

Die Kaufkraftfähigkeit des Inlandsmarktes hat sich unter dem Druck der Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse besonders im letzten Vierteljahr stark verschlechtert. Die Kosten des Nahrungsmittelhaushalts einer vierköpfigen Familie, die im Januar noch durchschnittlich 548,85 M je Woche betragen, stellten sich im November bereits auf 13081,20 M. Das bedeutet gegenüber der Vorkriegszeit eine Verteuerung um das 230fache. Im Großhandel sind die Preise bereits auf mehrtausendfache der Vorkriegszeit gestiegen.

Die Auswärtigen des neuen Jahres können unter den obwaltenden Umständen nur ungünstig beurteilt werden. Im Augenblicke hängen sie entscheidend ab vom Ausgang des Kampfes an der Ruhr.

Allgemeine Rundschau

Ruhraktion und sozialistische Internationale

Bekanntlich hat die sozialistische Internationale, sowohl der Gewerkschaften als der Parteien, sich auf ihren verschiedenen Konferenzen mit schönem Eifer verpflichtet, gegen jede Kriegshandlung den Generalstreik auszurufen. Seit drei Wochen geschähen am Rhein und an der Ruhr ununterbrochen Kriegshandlungen.

In Amsterdam hat eine internationale Konferenz der verschiedenen Volkswirtschaftswissenschaftler getagt. Sie hat aber nicht etwa den Generalstreik ausgerufen, sondern der deutschen Arbeiterbewegung den Ruch angedeihen lassen, sich mit einer Definition der Ruhraktion abzugeben. Diese Definition heißt: Die Ruhraktion bildet einen Teil des Kampfes der verschiedenen Gruppen der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und Frankreich um die Kohlen- und Eisenerzindustrie. Also nicht der französische Imperialismus ist es gewesen, sondern die sozialistischen Gruppen der beiden Länder. Wie konnten auch nur die deutschen Industriellen so parrrinnig sein! Sie brauchen nur ihre Kohlengruben und Häfenwerke an die französischen Industriellen abzurufen, und der Frieden wäre in scheinbarer Weise erhalten geblieben!

Doch noch nicht genug des Hohne. Die Volkswirtschaftswissenschaftler haben einen Beschluß gefaßt. Nicht etwa den versprochenen Generalstreik, sondern eine Verstärkung der pazifistischen Propaganda in allen Ländern, den ständigen Austausch zuverlässiger Informationen („um das Band des gegenseitigen Vertrauens zu stärken“) und einen Druck auf alle Regierungen auszuüben, der dazu dienen soll, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen.

Wird sich die deutsche Sozialdemokratie diesen Hohne gefallen lassen? fragt der „Deutsche“. Man muß der deutschen Arbeiterbewegung zu, sich mit pazifistischer Propaganda, internationalem Gesafete und Verhöhnern zu beschäftigen, in dem Moment, wo sie unter der Gewaltherrschaft französischer Generale sich befindet, und wo ihre Kinder keine Milch zu trinken haben, weil das französische Militär sie ihnen wegnimmt. Die Internationale hat den Proteststreik beschlossen. Wir nehmen es ihr nicht übel, wenn sie nicht fähig ist, ihn durchzuführen, aber sie soll ihre Ohnmacht eingestehen und uns nicht mit Phrasen kommen. Die betreffende Resolution von Amsterdam lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die wachsenden Kriegsgefahren“. Auch das ist Hohn. Was die französischen Generale im Ruhrgebiet machen, ist schon Krieg. Denn schon ist das Blut deutscher Arbeiter vor den Maschinengewehren der Franzosen in den Straßen des Ruhrgebietes geflossen.

Es ist Sache der deutschen Sozialdemokratie, gegen den Protest von Amsterdam zu protestieren.

Neue starke Steigerung der Großhandelspreise

Das Wochenpreisniveau der „Industrie- und Handelszeitung“ ist um 23,9 Prozent gestiegen. Es betrug für die vierte Januarwoche 1081,08, damit standen die Großhandelspreise im Durchschnitt auf mehr als dem 400fachen des Vorkriegsstandes. Weniger stark spiegelt sich die Verteuerung in den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes. Die auf den Stichtag des 25. Januar berechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamtes ist von dem 21.1.1914 am 15. Januar auf das 328fache des Vorkriegsstandes oder um 54 vom Hundert am 25. Januar emporgeschritten. In der gleichen Zeit stiegen die Lebensmittel von dem 1703fachen auf das 2764fache oder um 62 vom Hundert, die Industriestoffe von dem 2931fachen auf das 4262fache oder um 45 vom Hundert, ferner die Zulandwaren von dem 1894fachen auf das 2872fache oder um 52 vom Hundert und die Einfuhrwaren von dem 3310fachen auf das 5360fache oder um 62 vom Hundert.

Erst wägen, dann wagen!

Daß das auch und vor allem bei Streiks zu gelten hat, ist für den geschulten Gewerkschaftler keine neue Weisheit, wird aber von unseren „Freunden“ von ganz links noch häufig „vergessen“.

Wiel drei Betriebsratsmitglieder der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen wegen Teilnahme am kommunistischen Betriebsrätekongress formal-rechtsmäßig entlassen wurden, kriehen die Kommunisten mehr wie 20 000 Arbeiter in den Ausstand, bzw. veranlaßten sie, daß dem Ausstande eine Ausbreitung der noch Arbeitenden folgte. Die Gewerkschaften traten gegen den Streik auf, was nichts fruchtete. Das Ende ist: für jeden beteiligten Arbeiter ein Verdienstausfall von 50- bis 80 000 M, 2000 Genahregelte und Entziehung von Rechten der Arbeiterbewegung, die über das gesetzliche Maß hinausgingen. Die drei Betriebsratsmitglieder hatten sich, ohne Urlaub zu erhalten, am kommunistischen Betriebsrätekongress beteiligt. Ob deshalb ihre Entlassung moralisch zu rechtfertigen war, ist eine Frage für sich. Aber die Betriebsdirektion mußte die Gelegenheit, um mit den von den linksradikalen Betriebsratsmitgliedern eingeführten tollen Zuständen im Betrieb aufzuräumen. Die Entlassung war dazu der Anfang und der Zusammenbruch der Streiks das Ende.

Für die Arbeiterbewegung ergibt sich aus dem Ludwigshafener Kampf die Lehre, 1. den Kommunisten keine Gefolgschaft zu leisten und 2. den allen gewerkschaftlichen Grundfah hochzuhalten, daß das zu erstrebende Ziel, dem Einjah, d. h. der Opfer, die die Arbeiterbewegung im Kampf zu bringen hat, wert sein muß. Die Aufrechterhaltung der kommunistischen Mißwirtschaft im Betrieb und die Weiterbeschäftigung von drei sogenannten „Führern“ war nicht Grund genug, Rot und Glend über Zehntausende von Arbeiterfamilien zu bringen. Der Ludwigshafener Arbeiterbewegung wäre besser gedient worden, wenn man die drei Entlassenen ausreißend unterstützt und anderwärts in Arbeit gebracht hätte. In Ludwigshafen konnten an ihre Stelle andere treten, die vielleicht klüger und wirkungsvoller die Rechte der Arbeiter wahrzunehmen verstanden.

Die Marktlatastrophe

Es kommt wie es kommen mußte. Der französische Generalstreik im Ruhrgebiet ist drauf und davon, unsere Währung völlig zu ruinieren. Bis der Dollar auf 1000 stand, sind immerhin noch Jahre vergangen. Von 1000 auf 10 000 ging es schon erheblich rascher. Noch schneller ging es von 10 000 auf 20 000, und mit abermals gesteigeter Geschwindigkeit von 20 000 auf 30 000. Von 30 000 auf 40 000 zu kommen, dazu hat es nur noch weniger Tage bedurft. Jetzt, Anfang Februar, sind die 40 000 schon erheblich überschritten, zeitweise kostete der Dollar schon über 50 000 M. Und so geht die Entwicklung weiter in rasendem Tempo fort. Bis — — —? Ja, da gibt es leider keine Grenze. Oberhalb der französischen Gewaltherrscher von dem Wahrsinn ihrer Politik herriert sind. Das ist im Augenblicke die Aufgabe unserer Arbeiterbewegung an der Ruhr und weiter des gesamten deutschen Volkes. Die Zahlen des Dollarkurses beweisen es: Hier gibt's kein Zurück, nur ein: Durch! — Robin wir bereits gekommen sind, wird veranschaulicht durch die Tatsache, daß die politische Welt, die im Jahre 1921 vorübergehend noch unter den Auren von drei deutschen Reichspräsidenten stand-

fast, Anfang Februar an den deutschen Börsen einen Kurs von 117 Pfennigen erreicht hat. Im Verlaufe von knapp zwei Jahren ist also die deutsche Mark unter das Niveau der polnischen herabgesunken; es ist dabei zu berücksichtigen, daß die polnische Währung im Vergleich zum Dollar und anderen Edelmetallen in diesen zwei Jahren durchaus nicht gestiegen, sondern sogar noch gefallen ist. Die Entwertung der deutschen Mark hat sich aber, wie die jetzigen Kurse zeigen, noch viel rascher vollzogen. Auch die österreichische Krone, auf deren Verfall wir Reichsdeutschen bisher sehr mitleidig hingsahen, steigt im Vergleich zur Mark von Tag zu Tag, und wenn die Entwicklung im bisherigen Tempo weitergeht, haben wir auf dem Gebiete des Geldwesens sehr bald österreichische Zustände. Zum erheblichsten Teil sind es die verheerenden Wirkungen der Reparationszahlungen, die den deutschen Währungszerfall beschleunigen. Bis zum Ende des Jahres 1923 sind 386 Milliarden Papiermark zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrages auszugeben, während die gesamten Reichseinnahmen im gleichen Zeitraum nur 583 Milliarden betragen. Seit dem 1. April 1922, d. h. seit Beginn des laufenden Jahres, wurden für Reparationszahlungen rund 30 Milliarden Papiermark aufgewendet, außerdem beanspruchte die Friedensvertragsabrechnung allein in der letzten Dekade noch 130 Milliarden Mark für Zahlungen in Papiermark. Wenn auch inzwischen alle Reparationszahlungen an Belgien und Frankreich eingestellt worden sind, so ist es doch klar, daß die Gewaltanwendung im Ruhrgebiet der deutschen Wirtschaft und den Reichseinnahmen einen weiteren schweren Schlag versetzt hat, der bis zum Siege des deutschen Widerstandes zu neuer Markverfestigung führen muß.

Versicherung in Frankenwährung im Saargebiet!

Da die Frankenwährung sich im Saargebiet immer mehr durchsetzt, hat unsere Deutsche Volksversicherung und die Deutsche Feuerversicherung sich entschlossen, dem Bedürfnis in unseren Mitgliederkreisen, Versicherungen in Frankenwährung abzuschließen, Rechnung zu tragen. Beide Gesellschaften werden die Versicherung in Franken sowohl in der Volks- als Lebensversicherung und in der Feuerversicherung im Saargebiet aufnehmen.

Die Mitglieder werden ersucht, unsere Vertreter, die mit Ausweisen von der Gewerkschaftszentrale Saarbrücken versehen sind, nach besten Kräften zu unterstützen.

Wirtschaftliche Bewegung

Für Vereinfachung des Verhandlungsapparates

Kritik die „Saarzeitung“ für Rheinland, Westfalen und Ruhrgebiete ein. Deshalb ist es nötig, so fragt sie, daß etwa 20-30 Arbeitnehmer und ebenso viele Arbeitgeber, gesunde Männer aus wichtigster Wirtschaftspraxis, von morgens 11 Uhr bis abends 11 Uhr ein verquantes Sitzungszimmer füllen? Kann jemand die Verantwortung für solche sinnlose Vergewendung von Wissen, Nützlichkeit und Arbeitskraft aus dem Umfange tragen, daß solches Besamensommen der beiden Parteien zur weiteren Festlegung der Bedingungen ihres Zusammenarbeitens erst die Voraussetzung der zum Arbeiten nötigen sozialen Daseinsbedingung schafft? Weiter untersucht sie, woran es liegt, daß man diese „volkswirtschaftliche Sünde“ immer wieder begeht. Es liegt u. a. besonders an zwei Mängeln. Einmal an dem Fehlen volkswirtschaftlich wichtiger und gesunder Maßstäbe für unsere (auch für die das Holzverarbeitende Gewerbe angehenden) Verhandlungen. Wir sind nun nicht mehr gewöhnt, um zu glauben, daß das Vorhandensein solcher Maßstäbe den Preisnachlass zur Wahrung des Prinzips der Gerechtigkeit in den Verhandlungen um den Lohn überflüssig machen könnte. Das wir aber für möglich und erforderlich halten, ist dies, daß man bei Festlegungen von Richtlinien aus dem Stadium vager Vorstellungen und unklarer Geschäftseinstimmungen heraustritt.

Nach der „Saarzeitung“ könnte viel an Zeit, Stimmung und tatsächlichen Erregungen „gespart“ werden, wenn man

1. die Frage des Lohnes zunächst aus der üblichen Preisperspektive dessen, was für den einzelnen Gewerbezweig mehr oder weniger gut ist, heraushebt und anerkennt, daß die Wirtschaft der Gesamtheit in ihrer Bewegung nach oben oder unten immer wesentlicher fast einzig von den Verhältnissen einer einzelnen Wirtschaftspraxis, der Montanindustrie, abhängt, berücksichtigt wird.

2. man fähig und gewillt, dies anzuerkennen, so bringt man das Zeug und die richtige Einstellung zur Beurteilung der Lage seines eigenen Gewerbes schon leichter mit.

3. sich aus der zu langen, schönen Reden verleitenden Umgebung seiner zahlreicheren Anhänger und Kontrolherren lösen und im klaren Kreise sachlich arbeitender Männer wiederfinden würde. Es bestände dann zwar die Gefahr, daß die auf Kosten ihres Verbandes notwendig eingeschickten, langweiligen Herren um die Anwendung ihres einzigen Könnens gebracht würden. Weil das aber bestenfalls ein Neben- über Allgemein- ist, glauben wir dies noch mit in Kauf nehmen zu können.

Die lächerliche Bemerkung über die „auf Kosten ihres Verbandes notwendigen eingeschickten, langweiligen Herren“ wurde bei der „Saarzeitung“ wirklich gemacht. Der die Frage der Lohnverhandlungen kennt, weiß, daß über-

flüssige Reden gelegentlich auf beiden Seiten gehalten werden, und es ist ein durchaus müßiges Beginnen, etwa unterfragen zu wollen, auf welcher Seite das überwiegende Verschulden liegt. In der Sache selbst, der wichtigsten Einschränkung des Verhandlungsapparates, können wir weitest zustimmen. Für Gewerkschaftsseite ist dieses Bedürfnis schon längst empfunden worden. Wenn die Arbeitgeber jetzt der gleichen Meinung sind, so sollte es nicht schwer sein, zu einer dahingehenden Verständigung zu gelangen. Uebrigens haben wir bei den zentralen Verhandlungen und im Hauptamt wiederholt festgestellt, daß die Arbeitgeber mit einem ganzen Stab von Herren antraten, während man sich auf Arbeitnehmerseite mit viel weniger Vertretern begnügte.

Aus dem Verbandsleben

Bezirkskonferenz für Württemberg

Koblenz. Am Sonntag, den 21. Januar, fand hier eine Konferenz der Verwaltungsstellen des württembergischen Oberlandes statt, die sehr gut von allen Gruppen besucht war. Die Kollegen Koch und Gajer-Allen ermittelten den Tätigkeitsbericht, aus welchem zu entnehmen war, daß die Mitgliederentwicklung im allgemeinen zufriedenstellend gewesen, daß aber die Beitragsleistung in Höhe und im Durchschnitt weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Dieser Umstand rührt zum Teil davon her, daß die Kassierer die Arbeitslosen-Marken nicht bei der Abrechnung mitzählen, zum Teil auch bei der Beitragshebung viel unterlassen wurde, so daß wohl in der Mitgliederliste ein hoher Mitgliederstand geführt wurde, die Einnahmen aber nicht der Mitgliederzahl entsprach. Eingewiesen wurde vor allem auch auf das Unterlassen der Meldungen, wodurch eine genaue Kontrolle fast nicht möglich war. Die innere Organisationsarbeit läßt sich in manchen Verwaltungsstellen zu wünschen übrig. Die Versammlungstätigkeit war das Jahr über eine sehr rege und auch der Besuch durchschnittlich nicht ungünstig. Bezirksleiter Kollege Heinrich machte dann noch wichtige Ausführungen über die finanzielle Tragfähigkeit des Bezirkes und regte an, daß sich die Kollegen in der Aussprache auch über diesen Punkt äußern möchten. Die Aussprache war eine sehr rege und von einer muster-gültigen Einmütigkeit getragen. Besurteilt wurde insgesamt die Pässigkeit und Gleichgültigkeit einiger Gruppen wie auch vieler Mitglieder. Die Notwendigkeit, unter allen Umständen die finanzielle Tragkraft des Bezirkes sicherzustellen, wurde allseitig anerkannt. Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Verwaltungsstellenkonferenz für das württembergische Oberland beschließt hinsichtlich der Finanzlage des Bezirkes folgendes: Der prozentuale Anteil von 35 Prozent bisher wird rückwirkend ab 4. Quartal auf 50 Prozent erhöht. Ab 1. Januar 1923 wird zu dem Pflichtbeitrag ein weiterer Bezirksbeitrag als Pflichtbeitrag von 20 % pro Woche und verkaufter Marke erhoben, der jeden Monat an die Bezirkskasse abgeführt werden muß.

Im dritten und letzten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Heinrich die wirtschaftliche Lage Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung des Baugewerbes. Ausgehend vom letzten zughlosen Verkauf der Franzosen, zeigte er ein Bild der jüngsten Entwicklung der Wirtschaft. Die Lage des Baugewerbes kann im allgemeinen als trostlos bezeichnet werden, und noch ist keine Aussicht auf Besserung des ganzen Wohnungswesens. Er zeigte auch Wege, die zweifellos neu, aber erfolgversprechend sein würden. Hier das Gute all der Probleme herauszufinden und unbeschadet der Kritik profitierender Interessengruppen in die Tat umzusetzen, sei die Aufgabe führender Männer des Volkes. Trotz aller Bedrücknisse und Schikanen der Franzosen kann aus der deutschen Arbeitswillen ein neues Deutschland geboren werden, wenn wir nur einig sind im Willen und Handeln. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen.

Glöckel. (Verwaltungsstellenkonferenz.) Unsere Generalversammlung fand am 28. Januar statt. Aus dem Jahresbericht des Kollegen Einig sei hervorgehoben, daß die Verwaltungsstelle im vorletzten Jahre sowohl nach innen als nach außen erstarbt ist. Hinsichtlich der Lebenshaltung der Kollegen sei festzustellen, daß die Löhne bei weitem nicht Schritt gehalten haben mit der Preisgestaltung der täglichen Bedarfsartikel. Dieses müsse im Laufe des Jahres verputzt werden, wozu zu machen, natürlich unter Mitwirkung der Kollegen. Nicht durch Kurzen, kritischen und gleichgültigen Bescheidenheit sei unsere mißliche Lage zu verbessern, sondern durch allseitiges Zusammenarbeiten innerhalb der Organisation. Sodann referierte Kollege Heinrich über die wirtschaftliche Not, unter Berücksichtigung der Lage des Baugewerbes. In großen Zügen entrollte er ein Bild der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands seit Beginn des Krieges. An Hand von einwandfreiem Zahlenmaterial wies er nach, wie ungeheuer die Kaufkraft unseres Geldes zurückgegangen ist. Die Preise der täglichen Bedarfsartikel seien teilweise über das 300fache der Kriegszeit gestiegen, während die Löhne der Arbeiter kaum um das 100fache erhöht wurden. Zu den Verhältnissen im Baugewerbe übergehend, veranschaulichte er in trefflicher Weise, wie die Steigerung der Kaufkraft dazu geführt habe, daß das Bauen fast unmöglich geworden ist. Vor dem Kriege kosteten 1000 Ziegelsteine 22-23 Mark, jetzt 75000 Mark. Mit Zement, Kalk und anderen Baustoffen sei es ebenso, zum Teil noch schlimmer. Am tollsten sei die Steigerung bei Vanholz. Dieses war vor dem Kriege für 40 Mark je Kubikmeter zu haben, während er jetzt 240000 Mark kostet. Gegen dieses Waherwesen müssen die Bauarbeiter ganz entschiedenen Front machen und von den maßgebenden Stellen verlangen, daß endlich diesen schamlosen Treiben Einhalt getan wird. Als wirksame Waffe der Arbeiter empfiehlt Ködner den Zusammen-

schluß in genossenschaftlichen Organisationen, in unseren „Bauproduktivgenossenschaften“. In allen Berufsgruppen müßten derartige Genossenschaften ins Leben gerufen werden, damit die Arbeiter mitbestimmend bei der Produktion würden. Für das Baugewerbe forderte er die Bildung eines Bauwirtschaftsforums, wie bei anderen Gruppen, um bei der Preisbildung ein gewichtiges Wort mitzureden. Die gekostvollen Darlegungen fanden ungeteilten Beifall. Namens der Verwaltungsstelle protestierte sodann Kollege Einig gegen den Einmarsch der Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet. Die christlichen Bauarbeiter werden einig und geschlossen zu den übrigen Volksteilen stehen und die Regierung in dem aufgezwungenen Abwehrkampf mit allen Kräften unterstützen. Obgleich wir wissen, daß uns durch den Einmarsch noch schlimme Zeiten bevorstehen, werden wir aber trotzdem tapfer in den Reihen aushalten, bis uns wieder bessere Zeiten winken. Unsere Losung sei: „Treu unserem christlichen Bauarbeiterverband, treu unserem deutschen Vaterland, jetzt und immerdar.“ Hierauf berichtete er noch über die Ereignisse in der Arbeiterbewegung und betonte unter Zustimmung der Anwesenden, daß für die christlich gesinnten Postere als Interessensvertretung nur der christliche Bauarbeiterverband in Frage kommen könne. Hoffentlich läßt die Postere dieses bald ein und zögen die Konsequenzen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten, konnte alsdann der Vorsitzende, Kollege Lampen, die prächtig verlaufene Konferenz mit den Worten schließen: Nun auf zur praktischen Gewerkschaftsarbeit!

Bau-Rundschau

Zwang zum Bauen?

In der Zeitschrift „Das heilige Feuer“ (12. Heft) setzt ein Student der Philosophie sich mit der Wohnungsnot auseinander. Er schildert die Not und erwähnt die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung. Das Niedrighalten des Mietpreises hält er zwar für eine Wohltat, aber er hält es für ein himmelstreichendes Unrecht, daß diese Wohltat auch solchen zugute kommt, die sie gar nicht verdienen. „Es ist keine Seltenheit, daß ein Schieber, ein Kriegs- oder Revolutionsgewinnler oder sonstiger Schwerverdiener für ein Spottgeld bei einer armen alten Witwe wohnt, die in normaler Zeit bittare von ihrem Mietzins hätte leben können, jetzt aber bittere Not leidet.“ Schließlich kommt der junge Philosoph zu folgender Frage: Kann der Staat nicht ebenso den, der dazu imstande ist, zum Bau eines Hauses zwingen, wie er den Hausbesitzer zwingt, seine Räume gegen niederen Mietpreis abzugeben? Besteht nicht eine Pflicht für jeden, der über das entsprechende Vermögen oder Einkommen verfügt, sich ebenso eine eigene Wohnung zu verschaffen, wie er für sich und die Seinen eigene Kleider und eigene Nahrung zu erwerben verpflichtet ist? Viele Wohnungen könnten für die Darbenden frei werden, wenn diese im Grunde ganz natürliche Pflicht gesetzlich geregelt wäre.“

70%ige Zementpreiserhöhung

Mit dem 29. Januar sind die Zementpreise erneut, und zwar um ca. 70% erhöht worden. Der Preis beträgt nunmehr für 10 t:

in Gebiete des nordd. Verbandes	834 064,-
„ „ „ rhein.-westf. Verbandes	827 264,-
„ „ „ süddeutschen	855 064,-

Diese Preise stellen rund das 2400fache der Friedenssätze dar.

Der Kleinhandelspreis für einen Sack Zement (50 kg) ohne Fracht und Verpackung beträgt also:

in Norddeutschland	5 421,-
„ Rhein.-Westf.	5 382,-
„ Süddeutschland	5 557,-

Briefkasten der Redaktion

Nach verschiedenen Orten. Wir können nur nochmals mitteilen, daß Versammlungsberichte, die in der Hauptsache oder ausschließlich über das Ergebnis der Vorstandswahlen und ähnliche rein interne Dinge berichten, nicht mehr in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht werden können.

Sterbetafel.

- Am 16. Dezember 1922 starb nach längerem, schweren Leiden unser treuer und lieber Kollege, der **Maurer Peter Kuland**.
Ortsgruppe **Sülz**.
 - Am 16. Januar verschied an Lungenerkrankung im Alter von 54 Jahren unser lieber Kollege, der **Maurer Peter Kaiser**.
Ortsgruppe **Eisenbach i. Taunus**.
 - Am 19. Januar starb nach kurzer Krankheit unser treuer und langjähriger Kollege **L. Sipter** (Fliesenleger) an Blasen- und Nierenleiden.
Verwaltungsstelle **Münster i. W.**
 - Am 21. Januar starb infolge Lungenerkrankung unser treues Mitglied **Georg Mayer**.
Verwaltungsstelle **Hugsburg**.
- Ehre ihrem Andenken!